



Band 7. Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1945
Reichsbürgergesetz (15. September 1935) und erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz
(14. November 1935)

Während des 7. Reichsparteitags der NSDAP verabschiedete der Reichstag am 15. September 1935 die sogenannten Nürnberger Gesetze (oder „Nürnberger Rassengesetze“), auf deren Grundlage die nationalsozialistische Judenverfolgung von nun an basierte. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“) zielte auf die rassistisch-soziale Isolierung der Juden ab, indem es deren Eheschließung sowie Geschlechtsverkehr mit Nichtjuden unter strenger Strafandrohung verbot. Weiterhin durften Juden von nun an keine arischen Dienstmädchen unter 45 Jahren mehr beschäftigen. Es wurde ihnen ebenfalls verboten, die neue offizielle Hakenkreuzflagge zu hissen. Das folgende Reichsbürgergesetz beraubte alle Juden der politischen Rechte, die aus der deutschen Reichsbürgerschaft erwachsen und relegierte sie zu zweitklassigen Staatsbürgern. In den folgenden Monaten nutzte das Regime diese gesetzliche Herabsetzung, um Juden aus einer Reihe von Berufen, Erwerbszweigen und Ausbildungsmöglichkeiten zu drängen, für die deutsche Reichsbürgerschaft Voraussetzung war. Die Vollstreckung der Rassengesetze erforderte die offizielle Definierung der Juden, was in der ebenfalls nachfolgenden Durchführungsverordnung vom 15. November 1935 geschah. Hiermit wurde festgelegt, wer im nationalsozialistischen Sinne als sogenannter „Volljude“ oder „Mischling“ galt.

I. Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1.

- (1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.
- (2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2.

- (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.
- (2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.
- (3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3.

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, 15. September 1935.

Der Führer und Reichkanzler
Adolf Hitler

Der Reichminister des Innern
Frick

II. Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (*Reichsgesetzbl. I S. 1146*) wird folgendes verordnet:

§ 1.

(1) Bis zum Erlaß weiterer Vorschriften über den Reichsbürgerbrief gelten vorläufig als Reichsbürger die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, die beim Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes das Reichstagswahlrecht besessen haben, oder denen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht verleiht.

(2) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht entziehen.

§ 2.

(1) Die Vorschriften des § 1 gelten auch für die staatsangehörigen jüdischen Mischlinge.

(2) Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt, sofern er nicht nach § 5 Abs. 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großelternanteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

§ 3.

Nur der Reichsbürger kann als Träger der vollen politischen Rechte das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ausüben und ein öffentliches Amt bekleiden. Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann für die Übergangszeit Ausnahmen für die Zulassung zu öffentlichen Ämtern gestatten. Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

§ 4.

- (1) Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.
- (2) Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Wenn diese Beamten im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, erhalten sie bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt die vollen zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge; sie steigen jedoch nicht in Dienstaltersstufen auf. Nach Erreichung der Altersgrenze wird ihr Ruhegehalt nach den letzten ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen neu berechnet.
- (3) Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.
- (4) Das Dienstverhältnis der Lehrer an öffentlichen jüdischen Schulen bleibt bis zur Neuregelung des jüdischen Schulwesens unberührt.

§ 5.

- (1) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. § 2 Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.
- (2) Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige Mischling,
 - (a) der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,
 - (b) der beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,
 - (c) der aus einer Ehe mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (*Reichsgesetzblatt I S. 1146*) geschlossen ist,
 - (d) der aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne des Absatzes 1 stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wird.

§ 6.

- (1) Soweit in Reichsgesetzen oder in Anordnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen Anforderungen an die Reinheit des Blutes gestellt werden, die über § 5 hinausgehen, bleiben sie unberührt.
- (2) Sonstige Anforderungen an die Reinheit des Blutes, die über § 5 hinausgehen, dürfen nur mit Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Stellvertreters des Führers gestellt werden. Soweit Anforderungen dieser Art bereits bestehen, fallen sie am 1. Januar 1936 weg, wenn sie nicht von dem Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers zugelassen werden. Der Antrag auf Zulassung ist bei dem Reichsminister des Innern zu stellen.

§ 7.

Der Führer und Reichskanzler kann Befreiungen von den Vorschriften der Ausführungsverordnungen erteilen.

Berlin, den 14. November 1935.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß, Reichsminister ohne Geschäftsbereich

Quellen: Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, *Reichsgesetzblatt*, 1935, Teil I, S. 1146ff; erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, *Reichsgesetzblatt*, 1935, Teil I, S. 1333; beide Texte sind abgedruckt in Paul Meier-Benneckenstein, Hg., *Dokumente der deutschen Politik*, Band 3: *Deutschlands Weg zur Freiheit 1935*, bearbeitet von Axel Friedrichs. Berlin, 1937, S. 153-54, 157-58.